



Franz Poimer



PENSIONISTENPOST

„Pensionserhöhung“ 2022: Ein Regierungsdiktat des Verlustes

Der nunmehrige zweifache „Altkanzler“ Sebastian Kurz hat es sich kurzfristig anders überlegt: Die bereits für 20. September vereinbarten Gespräche mit den Seniorenorganisationen über die Pensionsanpassung 2022 wurden kurzerhand abgesagt. Anstatt dessen verkündete er in einer eilig inszenierten Pressekonferenz am 18. September die Pensionsanpassung 2022, die ein Verlustgeschäft ist.

Am leichtesten tut sich die türkis/grüne Bundesregierung offenbar in Verhandlungen mit sich selbst - ohne Gegenüber. Die rasante Entwicklung der Teuerung war seit längerem bekannt. Schon bei der Fixierung der Pensionsanpassung für 2022 lag der Wert im September mit 3,3 Prozent deutlich über jene 3 Prozent Erhöhung, die für Pensionen unter 1.000 Euro brutto gelten und großspurig als Armutsbekämpfung verkündet werden. Für Jänner 2022 erwartet das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) eine weitere Steigerung der Inflation auf 4,5 Prozent.

Das kommt ab 1. Jänner 2022

Für Pensionen unter 1.000 Euro gibt es ein Plus von 3%. Das gilt auch für den Ausgleichszulagenrichtsatz, der dann 1.030 Euro beträgt. Monatliche **Gesamtpensionseinkommen** zwischen 1.000 und 1.300 Euro werden zwischen 3% und 1,8% erhalten, wobei der Betrag linear absinkt, je höher die Pension ist.

Beamtenpensionen die ab 1. November 2021 und später gebühren, werden aufgrund der eingeführten Wartefrist zur ersten Pensionserhöhung (Aliquotierungsregelung) für 2022 nicht angepasst!



Für Luxuspensionen von z.B. 10.000 Euro Monat, sieht die türkis/grüne Regierung mit 1,8% die gleiche Erhöhung vor, wie für jene, die über 1.300 Euro bekommen. Die SPÖ forderte eine Deckelung mit einem Fixbetrag in Höhe von 66 Euro (maximale ASVG Erhöhung), die von den Regierungsparteien abgelehnt wurde.

MITTWOCH, 22. SEPTEMBER 2021

ÖÖNachrichten

LESERMEINUNG

Pensionsdiktat

Bei genauerer Betrachtung, insbesondere was die aktuelle Entwicklung der Inflationsrate anlangt, kehrt über die Pensionsanpassung 2022 rasch Ernüchterung ein.

Wie die OÖN am 18. September berichteten, ist die Teuerungsrate im August dieses Jahres um 3,2 Prozent gestiegen. Der tägliche Einkauf verteuerte sich um 2,2 Prozent, der wöchentliche Einkauf um gar 6,5 Prozent! Die Verteuerung der Wohnkosten und der Haushaltsenergie nähern sich bereits einem zweistelligen Prozentsatz (+8,6 Prozent). Die Prognosen sagen eine weitere Steigerung der Inflationsrate voraus. Somit ist ein deutlicher Kaufkraftverlust programmiert, aufgrund dessen wir keinen Anlass einer Jubelstimmung sehen, wie sie die Regierungsparteien verbreiten.

Man kann es sich einfach machen und sich weitgehend auf den statistisch errechneten Wert der Inflation von August 2020 bis Juli 2021 zurückziehen. Dann würde für die jährlichen Pensionsanpassungen ein Statistiker genügen und die für Sozialpolitik verantwortlichen Politiker können abdanken. Von einer zeitnahen Pensionsanpassung für 2022, die der aktuellen Lage der Geldentwertung entspricht, kann weder bei diesem System noch beim Ausmaß und der Art die Rede sein.

Der zuständige Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Wolfgang Mückstein, scheint in diesem für uns Pensionisten wichtigen Prozess bestenfalls eine Zuschauerrolle einzunehmen. Medial präsentiert hat die Pensionsanpassung, ohne mit den Seniorenvertretungen zu verhandeln, Kanzler Sebastian Kurz alleine. Das zeigt einmal mehr den Hang zu autoritären Zügen.

■ Franz Poimer, Gewerkschaft Post- und Fernmeldebedienstete, Landespensionistenvertreter OÖ